



1
2
3
4
5
6 **Resolution der SPD Baden-Württemberg**
7

8 Einbringer: Landesvorstand (Dr. Nils Schmid und Leni Breymaier)
9
10

11 **Resolution zur Rentenpolitik der SPD**

12 Die SPD Baden-Württemberg begrüßt den Beschluss des SPD-Parteivorstandes vom 24.
13 September 2012 zur Rentenpolitik - insbesondere die Vorschläge zur Bekämpfung der
14 Erwerbsarmut, die Verbesserung der gleitenden Übergänge ins Rentenalter, den
15 abschlagsfreien Zugang zur Rente nach 45 Versicherungsjahren und die steuerfinanzierte
16 Solidarrente, die Lebensleistung anerkennt. Für viele Menschen wird dies zur Steigerung des
17 Rentenniveaus führen. Beispielsweise sorgt die Solidarrente für eine Rentensteigerung vor
18 allem für viele Frauen.

19 Festzuhalten bleibt für uns aber auch, dass die gesetzliche Rente vor allem die
20 Erwerbsbiografie widerspiegelt. Genau deshalb müssen wir am Ziel einer höheren
21 Erwerbsbeteiligung von Frauen - u. a. durch Ausbau von Kinderbetreuung und mehr
22 Ganztageschulen - festhalten, denn auch dies verbessert das Rentenniveau. Darüber
23 hinaus gehen wir davon aus, dass die rentenpolitischen Beschlüsse der SPD auf
24 Bundesebene Gültigkeit haben - insbesondere zur Frage des Renteneintrittsalters, dazu
25 gehört das Aussetzen der Rente bis 67 solange die Erwerbsbeteiligung der über 55jährigen
26 unter fünfzig Prozent liegt.

27 Die SPD Baden-Württemberg wird sich im Vorfeld des SPD-Parteikonvents am 24.
28 November 2012 in einer Sondersitzung des Landesvorstandes, die von der
29 Unterarbeitsgruppe Rente des Fachbeirats Arbeit, Gesundheit, Soziales des
30 Landesverbandes vorbereitet wird, ausführlich mit der Rentenpolitik und den demografischen
31 Annahmen auseinandersetzen.

32 Lange Erwerbsbiografien führen nicht automatisch zu einer angemessenen Rentenhöhe.
33 Deshalb gibt es aus der Sicht der SPD Baden-Württemberg eine Reihe von offenen Fragen,
34 die wir bis zum Parteikonvent weiter konkretisieren werden:

35 • **Rentenansprüche**

36 Die Rentenhöhe soll das Erwerbsleben widerspiegeln. Wo Erwerbsarbeit nicht zu
37 einer auskömmlichen Rente reicht, ist aus Steuermitteln nachzusteuern. Vorher muss
38 mit ordentlichen Tarifentgelten, mit Mindestlöhnen, mit Rahmenbedingungen für
39 Erwerbsarbeit die Grundlage zum Erwerb von ordentlichen individuellen
40 Rentenansprüchen geschaffen werden, insbesondere auch durch das Durchsetzen
41 des Prinzips gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit.

42

- 43
- **Renten Kürzungen**
44 Das Rentenniveau schlussendlich auf nur noch 43 Prozent abfallen zu lassen (aktuell
45 unterste gesetzliche Haltelinie), konterkariert alle Bemühungen, die zur Akzeptanz
46 der gesetzlichen Rentenversicherung beitragen. Diese Entwicklung ist deshalb zu
47 stoppen. Die in den vergangenen zehn Jahren mit der ergänzenden privaten
48 Altersvorsorge gewonnenen Erfahrungen zeigen, dass damit – insbesondere für
49 Arbeitnehmer/innen mit niedrigen Löhnen – die Absenkung des Rentenniveaus nicht
50 kompensiert werden kann. Die staatliche Förderung solcher Produkte ist deshalb zu
51 überprüfen und die damit verbundene Dämpfung der Rentenanpassungen
52 entsprechend anzupassen. Abgeschlossene Verträge sind von zukünftigen
53 Änderungen nicht betroffen.
54 Wir streben ein Rentenniveau von 48-50 Prozent an.
- 55
- **Erwerbsminderungsrenten**
56 Der Zugang zu Erwerbsminderungsrenten ist zu erleichtern. Insbesondere
57 leistungsgeminderte ältere Arbeitnehmer/innen, die nur noch leichte Tätigkeiten des
58 allgemeinen Arbeitsmarkts zu verrichten vermögen, finden meist keinen
59 entsprechenden Arbeitsplatz mehr. Sie dürfen, wenn eine Arbeitsvermittlung nicht
60 mehr gelingt, nicht in andere Sozialleistungen abgedrängt werden.
- 61
- **Frauenrenten**
62 Die rentenrechtliche Aufwertung von Niedrigverdiensten ist zu entfristen. Wir wollen
63 weitere Schritte für ein höheres Rentenniveau insbesondere von Frauen prüfen, wie
64 beispielsweise drei Rentenpunkte für jedes Kind, auch die vor 1992 Geborenen
65 wurden.
- 66
- **Betriebsrenten**
67 Betriebsrenten sind zu stärken und dürfen zukünftig nicht zu einem verminderten
68 Rentenniveau führen. Arbeitgeber sind verpflichtet ihren Beschäftigten eine
69 Betriebsrente anzubieten, die mindestens paritätisch finanziert ist.
- 70
- **Rentenzugänge ab 2014?**
71 Aufwertungen von Ansprüchen dürfen nicht erst die Rentenzugänge ab 2014 im Blick
72 haben. Es gibt auch heute Altersarmut.
- 73
- **Ausblick**
74 Langfristig muss in der Rente die Erwerbstätigenversicherung eingeführt werden, mit
75 ersten Umsetzungen beginnen wir in der Regierung ab 2013.